

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gul. M. Schles., Hofflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr. Gde,
Olof Liebisch, in Firma
J. Hermann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Nr. 41

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Dienstag, 17. Januar.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
Lud. Posse, Saasenlein & Vogler S. C.
G. L. Danke & Co., Invalidenamt.

Verantwortlich für den
Inseratenheft:
J. Klugkist
in Posen.

1893

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung vom 16. Januar, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung der Branntweinsteuernovelle.

Staatssekretär Frhr. v. Malzahn! Der Zweck der drei vorgelegten Steuervorlagen ist ein rein finanzieller. Es sind in der Presse Missverständnisse darüber entstanden, weil ich bei der Berathung der Brautsteuervorlage sagte, es sei nicht der Zweck, eine Steuerreform im großen Stile anzubahnen. Man hat daraus geschlossen, daß eine solche Reform im großen Stile geplant sei, und man hat ferner gemeint, daß ein neues großes Steuerbouquet in Aussicht genommen sei. Daran hatte ich bei meiner Auseinandersetzung nicht gedacht, und eine derartige Absicht besteht auch nicht. In der Presse hat man zur Unterstüzung dieser Befürchtung, in Bezug auf die Zukunft, sich auf Auseinandersetzungen des preußischen Finanzministers berufen. Was sagte aber dieser bei der Einbringung des Etats? Daß es unerwünscht sei für den preußischen Staat, daß seine Einwohner schwankend seien, sowohl wegen der wechselnden Ergebnisse der Betriebsverwaltung als auch in Folge des finanziellen Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich. Die Aufgabe einer planmäßigen Finanzverwaltung sei, die Schwankungen möglichst zu vermindern. Man werde dafür Vorsorge treffen müssen durch organische Einrichtungen. Darin liegt doch nichts, was jene Befürchtungen begründet. Wenn ich sagte, das Gesetz sei nicht bestimmt, eine Finanzreform im großen Stile einzuleiten, so wollte ich damit motivieren, weshalb wir von einer Änderung des bestehenden Systems absehen haben. Ich hatte aber dabei weiter im Auge, daß zur Zeit in Preußen in der That eine Steuerreform im großen Stile in der Ausführung begriffen ist. Im Laufe der Zeit ist der Nebelstand nimmer mehr hervorgetreten, daß in dem finanziellen Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten starke Schwankungen sich geltend machen. Ich habe pflichtgemäß mich darum der Erwähnung nicht entziehen können, ob es angebracht sei, jetzt diesem Nebelstande abzuholzen. Man hat aber von einem derartigen Versuch Abstand genommen, weil denselben die gegenwärtigen Verhältnisse im Reiche und die Reformen in Preußen nicht geeignet erscheinen lassen. Ob und wann man dazu übergehen wird, diesen Nebelstand zu beseitigen, kann ich jetzt nicht sagen; aber geht man dazu über, so würde es einer Erhöhung der Reichseinnahmen keineswegs bedürfen. Die Schwankungen, unter denen die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten gelitten haben, liegen nicht darin, daß die Etatsansätze hinsichtlich der Matrikulabeträge und der Überweisungsbeiträge erheblich geschränkt hätten, sondern darin, daß bei den Überweisungen aus der Clauzula Frankensteins ungemein hohe Beträge über den Staat hinaus den Einzelstaaten zugeflossen sind. Dem daraus sich ergebenden Nebelstand würde man sofort begegnen können, wenn man beschloße, daß die Überweisungen an die Einzelstaaten sich an die etatmäßige Grenze zu halten hätten, und daß das, was darüber hinauskommt, für Reichszwecke, namentlich für Schuldenabtretung verwendet werde. Diese Aussteuererziehung dürfte wohl geeignet sein, die Furcht, als ob mit Notwendigkeit das jetzige Steuerbuch ein neues Steuerbuch zur Folge haben müßte, zu verbannen. Die von uns vorgeschlagenen und die bestehenden Steuern werden zur Deckung des Bedarfs genügen. Ich bin sehr zweifelhaft, ob die in der Militärvorlage angegebenen Mehrkosten, die sich in späterer Zeit geltend machen werden, eine Erhöhung der zur Zeit bestehenden oder von uns geforderten Einnahmen notwendig machen wird. Auch bei der Branntweinsteuer steht der finanzielle Geschäftspunkt oben. Außerdem sollen einige Nebelstände der bisherigen Gesetzgebung beseitigt werden, was natürgemäß von der öffentlichen Meinung mehr gebilligt wird als die finanzielle Seite der Sache. Wir rechnen auf eine Mehreinnahme von 12½ Millionen. Wir haben geglaubt, daß man dem Branntwein eine solche Belastung aufzulegen kann, obwohl es sich hier um ein Produkt handelt, das vorzugsweise von der ärmeren Bevölkerung konsumiert wird. Für die Beibehaltung der Spannung von 20 M. ist vorzugsweise das Verlangen der süddeutschen Regierung maßgebend gewesen, die erklärten, daß sie seiner Zeit in die Branntweinsteuergemeinschaft eingetreten sind, unter Bedingung, daß es bei dem Satz von 20 M. bleibe. Deshalb hat die preußische Regierung ihren ursprünglichen Plan fallen lassen und wir haben in Übereinstimmung mit ihr den Satz von 20 Mark für absehbare Zeit festgelegt.

Abg. Siegle (nl.): Die Begünstigung ist allerdings bei den Brennereien mit großem Kontingent eine größere als bei den kleineren. Der Abänderung der Vorlage, welche für große Brennereien ein Maximum festsetzt, stimmen wir deshalb zu. Die Vorlage muß im Zusammenhang mit der Militärvorlage betrachtet werden. Die ungünstige Stimmung gegen letztere ist nicht sowohl wegen ihres Kerns und ihres Inhalts entstanden, mit dem vielfach Einverständnis herrschte, sondern wegen der Art und Weise, in welcher die Lasten aufgebracht werden sollen. Man ist vielfach der Meinung, daß Deutschland an der Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit gelangt ist. Das dies aber nicht der Fall ist, beweist die Thatsache, daß in den andern Staaten Ungarn, Österreich, Italien, Frankreich die Steuerlast weit größer ist. Bei uns ist die Last keine unerträgliche. Man nimmt bloß besonders Anstoß an den indirekten Steuern, und als eine solche stellt sich auch die Branntweinsteuer dar. Die Erhöhung derselben um 5 Pf. für den Liter wirkt geradezu wie eine Kopfsteuer, und erscheint um so drückender, als dadurch ein Konsumartikel der unbemittelten Klassen vertheuert wird, während die Großgrundbesitzer durch Besteuerlassen der 20 Mark-Differenz gar keine Benachtheiligung erfahren. Von diesem Geschäftspunkt aus wird die Frage in der Kommission zu erörtern sein.

Abg. Dr. Witte (br.): Es herrscht noch völlige Unklarheit und Unkenntnis darüber, wie das Gesetz auf den Betrieb der Branntweinindustrie wirken wird, diese Wirkungen müssen doch zu allererst festgestellt werden. Es ist kein Zweifel, daß durch die Vorlage der Preis für den Hektoliter Branntwein, ein Getränk, das ein notwendiger Konsumartikel des Volkes ist, um 5 Mark erhöht wird. Die Liebesgabe jedoch, d. h. die Differenz von 20 Mark

zwischen kontingentirten und nicht kontingentirten, bleibt bestehen. Daselbe Resultat, das man jetzt durch die Erhöhung der Branntweinsteuer erhält, würde man durch entsprechende Verminderung oder Aufhebung der 20 Mark-Differenz eben so gut erreichen. Also bedarf es keiner Erhöhung der Steuer zur Erhöhung der Einnahmen. Wir können daher für diese Steuererhöhung nicht stimmen. Aber auch vom Standpunkte der Branntweinindustrie selber sind gegen das Gesetz grobe Bedenken vorhanden. Die Herren sollen es sich doch überlegen, ob es nicht an der Zeit sei, das Branntweinsteuergesetz von 1887 einer gründlichen Reform zu unterziehen, oder die gegenwärtige Vorlage abzulehnen, wie wir es thun werden. Die Branntweinindustrie befindet sich seit Jahren in ungünstiger Lage. Aber das Gesetz von 1887 hat nicht dazu beigetragen, Ihre (rechts) hochgepannten Erwartungen zu erfüllen. Allerdings fließen 40 Millionen, anstatt in den Reichssädel, in die Taschen der Brenner. Aber daß der Zustand, wie er heute ist, durchaus nicht allgemein befriedigt, beweist der Umstand, daß viele Brenner sagen: laßt uns in Ruhe; wenn ihr schon den Alkohol heranziehen wollt, so führt eine Weinsteuer oder eine erhöhte Biersteuer ein, und wenn das nicht langt, eine Wehrsteuer. Die Steuer von 1887 hat nichts genutzt, denn während der Preis für Branntwein bis 1887 immer heraufging, sank er seitdem in jedem Jahr tiefer. Dieser Preissturz ist nur eine Folge der tollsaalen Produktionssteigerung, die sogar bei schlechter Kartoffelernte sich bemerkbar macht. Wie soll das erst werden, wenn wir eine Reihe guter Kartoffelernten haben? Das ist aber ebenso eine Konsequenz des Gesetzes wie es eine Konsequenz derselben ist, daß tatsächlich aus den Taschen der Steuerzahler 40 Millionen in die Taschen der Brenner fließen. In Konsequenz des Gesetzes sind die Brenner gezwungen, ihr Kontingent vollständig abzubrennen und noch weit darüber hinauszugehen, um dieses großen Kontingentes im nächsten Jahre sicher zu sein. Dadurch entsteht ein Übermaß von Produktion, so daß nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage der Preis heruntergeht. Durch eine solche unvernünftige Gesetzgebung verdickt man die Landwirtschaft und die Brennerei. Die Zeit wird kommen, wo auch die Herren auf der rechten Seite dem bestimmen. Giebt es etwa jemand unter Ihnen, der mit dem Gesetze zufrieden ist? Jede Freiheit des wirtschaftlichen Betriebes ist Ihnen ja genommen. Sie können nicht einmal Sammelgesetze ausschließen, bevor Sie die behördliche Genehmigung, die noch dazu widerruflich ist, haben. Sie sollten einmal sehen, wie sich das Gewerbe entwickeln würde, wenn es von allen Hindernissen und Hemmungen befreit würde. Sie befinden sich ja gegenüber den Behörden in einem rechtlosen Zustand, während man doch annehmen sollte, daß Ihnen auf diesem Gebiete wenigstens die Freiheit erwünscht sei. Die Behauptung, daß das Brennereigewerbe den saudigen Gegenden, welche Kartoffeln bauen, zu gute kommt, ist hinfällig, denn die Statistik zeigt, daß nur 7,7 Proz. des gesamten Kartoffelauges in Deutschland zu Brennereien benutzt werden. Es ist nicht länger möglich, daß die landwirtschaftlichen Brennereien sich von dem gesammelten deutschen Volke 40 Millionen geben lassen. Der Tag muß sicher kommen, wo man auch im Brennereigewerbe wieder zu gesunden Grundsätzen kommt. (Beifall.)

Bayerischer Finanzminister Frhr. v. Riedel: Die Zahl der Brennereibetriebe betrug in ganz Deutschland 90 000, die der landwirtschaftlichen Betriebe allein gegen 60 000. Darüber läßt sich doch nicht streiten, daß die landwirtschaftlichen Brennereien eine größere Fruchtbarkeit des Bodens ermöglichen. Dies aber ist der Geschäftspunkt, auf den die verbündeten Regierungen das Hauptgewicht legen. Demgegenüber ist die Mehrbelastung eine äußerst geringe. Die Befürchtung, daß der Branntweinsteuertum bei Erhöhung der Branntweinsteuer geringer werden wird, thelle ich nicht: denn in den Staaten, in denen der Branntwein doppelt so hoch belastet ist, ist der Konsum nicht geringer geworden. Bei jeder Branntweinsteuer, in welcher Form immer sie eingeführt wird, ist das volkswirtschaftliche Interesse zu berücksichtigen, und dieser Geschäftspunkt ist bei der Entstehung der Branntweinsteuervorlage 1887 maßgebend gewesen. Man wollte aus dem Brennereigewerbe eine ergiebige Steuerquelle machen, aber gleichzeitig ist die Mehrheit des Hauses der Ansicht gewesen, daß man dabei das Branntweinsteuergewerbe als solches nicht allzu hart treffen dürfe. Aus diesem Geschäftspunkt sind gerade die Süddeutschen in die Branntweinsteuergemeinschaft eingetreten. Denn das ist klar, daß die einseitige Erhöhung der Branntweinsteuer nicht möglich gewesen wäre ohne Theilnahme der Süddeutschen oder unter Aufführung einer Steuergrenze. Eine einseitige Steuererhöhung des norddeutschen Branntweins würde schwere politische und wirtschaftliche Nachtheile zur Folge haben. Diese Entwicklungsgeschichte der Branntweinsteuer erklärt auch die maßgebenden Bestimmungen des jetzigen Gesetzes, das bei den Grundlagen des Gesetzes von 1887 stehen bleibt. Die Bestimmungen, welche die Süddeutschen betreffen, werden von diesen akzeptiert, in der richtigen Erkenntnis der Notwendigkeit, daß nicht zu ihren Gunsten Bestimmungen des Gesetzes künftlich aufrecht erhalten werden können. Nun hat man von einem Geschenk von 40 Millionen an die Brenner gesprochen. Wenn ein solches Geschenk bestände, dann müßte jeder Brenner, der 100 Hektoliter brennt, 2000 M. und einer, der 500 brennt, 10 000 M. bekommen. Davon aber haben die Süddeutschen nichts gemerkt. Wenn ferner dem Branntweinsteuergewerbe ein Geschenk zufiele, dann würde sich doch die Zahl der Brennereien vermehrt haben. Niemand würde sich eine solche Zuwendung haben entgehen lassen. Die Zahl der Brennereien hat sich aber nicht vermehrt. Da der Preis des 50er Branntweins um 20 M. höher ist als der 70er, so meint man, daß der über das Kontingent hinausgehende Theil der Produktion mit 20 M. honorirt wird, das ist aber ein unrichtiger Schluss. Man könnte nur dann von einem Geschenk reden, wenn die Produktionskosten für den 70er Branntwein sich ebenso hoch stellen würden wie die des 50er Branntweins. Man könnte also von einem Geschenk nur dann sprechen, wenn die Produktionskosten des 70er Branntweins ebenso nur 30 Mark betragen würden wie die des 50er Branntweins. Das ist aber nicht der Fall, denn sie sind bei weitem höher. Eine Liebesgabe bekommt der Brenner erlaubt gar nicht, sondern der Konsumtent. (Lachen links.) Lachen Sie nur, aber lassen Sie mich ausreden. Der Trinker zahlt etwas mehr, die Industrie aber, die den Branntwein

Inserate, die schadegesetzte Petizie über deren Name
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den vorzüglicheren
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

zu gewerblichen Zwecken braucht, zahlt weniger. Ferner hat nicht der große Brenner von der Differenzierung des Steuersatzes einen Vortheil, sondern der kleinere und mittlere Brenner, der nicht über sein Kontingent oder nicht wesentlich darüber hinausgeht. Während der große Brenner mit der Überschreitung des Kontingents ein sehr großes Risiko übernimmt. (Beifall rechts.) Das bayrische Brennereigewerbe hatte in den 70er Jahren eine böse Zeit. Da kam die bayrische Gesetzgebung, die sich der Norddeutschlands näherte. Seitdem haben sich die Verhältnisse in Bayern bedeutend verbessert. Namenslich hatten wir es so eingerichtet, daß eine Ausbeutung des Gewerbes durch das Großkapital verhindert wird. Niemand hatte unter diesen Umständen das Bedürfnis, in die norddeutsche Branntweinsteuergemeinschaft einzutreten, und nur patriotische und politische Gesichtspunkte waren für uns für jenen Eintritt maßgebend. Aber wir konnten selbstverständlich nur eintreten, wenn unseren Brennereien die Möglichkeit gegeben wurde, zu bestehen. Unsere Brennereien aber, die meistens einen mittleren und kleineren Umfang haben, bedürfen der Steueroifferenz, um zu bestehen. Schon die Verlautbarung, daß die Steuer um 5 Mark erhöht werden sollte, hat die Industrie bei uns sehr beunruhigt; eine Beleidigung der Steueroifferenz würde sie aber vollständig lähmen. Das Gesetz von 1887 hat den kleinen und mittleren Brennereien zur Unterstützung gereicht. Wenn man die Differenz beschränkte, würde der wilde Konkurrenzkampf von neuem ausbrechen. Es ist möglich, daß der Preis anfangs etwas zurückgeht, aber das würde nur so lange dauern, bis die kleineren und mittleren Brennereien besiegt sind, und es würde das eintreffen, was wir von Anfang an vermeiden wollten, die Konzentration der großen Brennereigewerbe auf bestimmte Gegenden. Das Großkapital würde sich der Sache bemächtigen, und wenn einmal die kleinen und mittleren Brennereien verschwunden sind, dann würden sich die Preise so bilden, daß die übrig gebliebenen Sieger sich schadlos halten. Wir sehen in dem Umstand, daß sich die Brennereien möglichst auf das ganze Reich ausdehnen, daß sie dort betrieben werden, wo sie notwendig sind, einen großen, volkswirtschaftlichen Vortheil. An der Brennerei an sich haben die verbündeten Regierungen kein Interesse, sondern nur daran, daß die Landwirtschaft gestärkt und der heimische Boden nach Kräften ausgenutzt wird. (Beifall rechts.) Wenn Sie das unmöglich machen, dann werden Sie die kleineren und mittleren Brennereien besiegen. Aus diesen Gesichtspunkten möchte ich Sie bitten, das Gesetz in möglichst unveränderter Form anzunehmen und nicht an den Grundlagen zu rütteln, bis es gelungen ist, etwas Besseres zu schaffen. (Beifall rechts.)

Schatzsekretär Frhr. v. Malzahn: Es ist eine Denkschrift über die Wirkungen, welche die Vorlage möglicherweise haben könnte, gewünscht worden. Dieser Gegenstand ist bei der Berathung der letzten Novelle so eingehend erörtert worden, daß eine Denkschrift im wesentlichen nur eine Reproduktion der damaligen Reichstagsverhandlungen gewesen wäre. Wenn man die Vorlage als eine Kalkulatorarbeit bezeichnet hat, so erkennt man damit doch wenigstens an, daß die Rechnung gut ist. Wenn ich diese Neuerung damit zusammenhalte, daß frühere Redner bereits von steuropolitischer Wegelagerer gesprochen haben, so erkläre ich noch einmal, der erste und hauptsächlichste Grund, weshalb wir diese Steueroifferie gewählt haben, ist der gewesen, daß dieselben sich innerhalb des Rahmens derjenigen Steuerquellen befinden, auf welche defassungs- und gesetzmäßige das deutsche Reich angewiesen ist. Es schien uns nicht richtig, über dies Gebiet hinaus neue Eingriffe zu machen, so lange wir aus den bisherigen Einnahmen die nötigen Mittel finden könnten.

Württembergischer Bevollmächtigter, Minister v. Moser: Im Jahre 1881 hatte Württemberg 6791 Brennereibetriebe. Dieselben sind so außerordentlich klein, daß nur 54 mehr als 20 Hektoliter brennen. Deshalb sind auch wir für die Differenzierung und die Beibehaltung der Differenz von 20 Mark. Auch wir erkennen an, daß das Branntweinsteuergewerbe geschützt und gefördert werden muß zur Nutzbarmachung und Melioration des heimischen Bodens.

Abg. Holtz (Rp.): Die Landwirtschaft steht dieser Vorlage mit schwerer Sorge entgegen, ihre Annahme ist wohl geeignet, den Konsum wesentlich zu beschränken und in Folge dessen der Landwirtschaft ihr Absatzgebiet zu schmälen. Die Landwirtschaft kämpft einen schweren Kampf, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind kaum so groß, daß sie die Produktionskosten decken. Die Ursache hierfür liegt nicht in den Handelsverträgen, wie vielfach gemeint wird, da dieselben ja noch nicht lange in Kraft sind. Andererseits darf man nicht außer Acht lassen, daß auf dem Lande große Mischzüchtung darüber herrscht, daß die Regierung der Landwirtschaft und ihrem Wohlstand nicht mehr diejenige Aufmerksamkeit schenkt, die ihrer Bedeutung gebührt. Aus der schlechten Lage der Landwirtschaft und des Handels ergiebt sich die Opposition gegen die Militärvorlage, die sich in die Worte zusammenfaßt: Das Volk kann die Lasten nicht mehr tragen. Ich hoffe, daß die Regierung bei künftigen Handelsverträgen dem Ausland gegenüber unsere Interessen energisch vertreten wird. Zu den bestellten Artikeln gehört der Branntwein. Der Kartoffelbau ist von großer kultureller Wichtigkeit, da er einerseits den Boden weniger ausfaugt als Getreide, andererseits die Milch- und Viehproduktion fördert. Aus diesem Grunde ist die Branntweinindustrie von großer Bedeutung, da sie den Kartoffelbau zu leben im Stande ist. Unsere Branntwein-Industrie ist aber seit 1887 nicht vorwärts, sondern zurück gegangen, da durch die Entwicklung der Spiritus-Industrie in Frankreich und Spanien der Export wesentlich verkürzt worden ist. Nun soll auch noch der Konsum durch die Zoll erhöhung beschränkt werden. Der mäßige Branntweingeist ist aber viel nützlicher, als der unmäßige Biergeist. Wenn wir trotzdem der Erhöhung zustimmen, so geleicht es, um die Deckungsmittel für die Erhaltung der Wehrhaftigkeit des Landes zu gewährleisten. An dem Differenzatz von 20 Mark müssen wir aber unbedingt festhalten. Wie kann man hier von einem Geschenk sprechen, da die Summen doch nicht in den Taschen der Brenner bleiben, sondern sofort ausgegeben werden müssen. Die Steueroifferenz ist kein Geschenk, sondern eine Strafandrohung für den, der über das Kontingent hinausgeht. Das Gesetz fungiert jetzt so, daß die Landwirtschaft dabei einigermaßen auskommt, aber ein Rütteln an dem Kontingent

würde die Fundamente unserer Branntwein-Industrie erschüttern und würde zum Branntwein-Monopol führen. Ich beantrage, die Vorlage der Militärikommission zu überweisen, in welcher sie einer gründlichen Prüfung unterzogen werden müssen.

Abg. Frhr. v. Gagern (Btr.): Die Gegner der heutigen Branntweinsteuergesetzgebung geben immer von dem falschen Gesichtspunkt aus, daß die Branntweinindustrie ein selbständiges Gewerbe ist. Sie ist aber in Wirklichkeit nur ein Hilfsgewerbe der Landwirtschaft, ohne welches diese nicht bestehen kann. Bayern ist der norddeutschen Branntweinsteuergemeinschaft nur mit schwerem Herzen begetreten und nur, weil es von zwei Uebeln das kleinere wählte. Nachdem es aber einmal begetreten ist, müssen diejenigen Voraussetzungen, unter denen der Beitritt erfolgt ist, beibehalten werden, d. h. die Steuerdifferenzen muß aufrecht erhalten werden.

Abg. Wurm (S.-D.): Dass Bayern für die Vorlage Stellung nimmt, wundert mich nicht; denn es hat ja den größten Vortheil von ihr. Anders steht es mit den Interessen des gesammten Volks. Es sind speziell agrarische Interessen, welche in Preußen diese ganze Gesetzgebung begonnen und auf Deutschland übertragen haben. Die Kartoffel ist bei uns eingeführt worden, um ein Surrogat für andere Nahrungsmittel zu haben. Als solches hat sie sich nicht bewährt, denn die Kartoffel läßt viel zu röch, als daß sie dauernd satt macht. Wer ein wahrhaftes Interesse an einer guten Volksernährung hat, muß dafür sorgen, daß das Volk mehr Brot und Fleisch als Kartoffeln hat. Da der Branntwein als hindender Teufel nachkommt, wirkt die Kartoffel um so schädlicher. Dem Volle kommt die gesteigerte Branntweinbrennerei nicht zu gute; denn gerade in den Gegenden, in welchen der Kartoffelbau intensiv getrieben wird, sind die Löhne am niedrigsten. Mit wessen Geld hat der preußische Adel seine Brennereien errichtet? Ich erinnere daran, daß die ersten Brennereien noch 1816 gebaut worden sind, als die Frohndensteine abgelöst wurden. Von dem dafür erhaltenen Gelde wurden Brennereien gegründet. Durch das Schutzsystem Bismarcks sank der Export von Branntwein außerordentlich. Dadurch ist selbstverständlich die ganze Industrie herabgesunken. Trotzdem aber mußten die Branntweinbrennereien weiter brennen, weil sie sich auf großen Fuß eingestellt hatten, und überschwemmten den Markt. Da wurde die Kontingentierung eingeführt: Es leuchtet ein, daß sie keine Strafe war, sondern eine Sicherheitsmaßregel gegen Überproduktion. Doch findet die Kontingentierung nicht, daß das große Kapital in dem Wettbewerb siegte. Die 85 Proz. kleine Brennereien produzierten lange nicht so viel Branntwein, wie die 15 Proz. großen Brennereien. Den kleinen Brennereien kann durch diese Gesetzgebung nicht geholfen werden. Sechs Brennereien beziehen allein 1½ Millionen von der Liebesgabe. Die große Masse der Brennereien, auch in Bayern, hat keinen Nutzen davon. In Württemberg bezahlt eine einzige Brennerei so viel wie alle übrigen württembergischen zusammen genommen. Das beweist, daß das Gesetz von 1887 den Untergang der kleinen Brennereien nicht aufgehalten hat. Der bayrische Finanzminister hat gemeint, die Branntweinbrenner hätten nichts von den 40 Millionen, deshalb sei es kein Geschenk. Wenn jemand 1000 Mark Schulden hat und ich gebe ihm 1000 Mark, so behält er nichts übrig, vorausgesetzt, daß er seine Schulden bezahlt. Die Landwirtschaft liegt namentlich in Folge der Verabschaffung allerdings darunter, es ist ein Defizit vorhanden, welches gedeckt wird durch die 40 Millionen: also empfängt doch die Landwirtschaft ein Geschenk. Einem andern Theil der Bevölkerung kommt das nicht zu gute; denn die Löhne der Arbeiter sind in den Gegenden, wo die Brauereien blühen, sehr schlecht, und die Volksernährung ist in jenen Gegenden schlechter als die der Schweine und des Kindes. Den Kartoffelbau aus patriotischen Rücksichten zu fördern, davon haben die Brenner doch nicht gedacht. Sie haben nicht daran gedacht, den Getreidebau in den Rothjahren zu steigern, den wir doch zur Volksernährung nötig haben, und den Kartoffelbau einzuschränken, die Landwirthe handeln lediglich aus Geschäftsrücksichten. Man sagt, wir erhöhen die Branntweinsteuer um Mark 3,10 pro Kopf, das macht ja nicht viel aus. Das ist auch so ein Durchschnittssatz, der in Wahrheit nur im statistischen Amt auf dem Papier Geltung hat. Die Branntweinbrenner und Herr von Stumm sind unsere besten Agitatoren. (Heiterkeit). Wie können Sie ein Trunkaufgebot befürworten und gleichzeitig beklagen, daß Sie bankrott werden, wenn der Konsum zurückgeht? Die Branntweinbrennerei ist kein landwirtschaftlicher Betrieb, denn die kleinen Bauern haben nichts damit zu thun, sie ist ein industrieller Betrieb, und wie allen Industrien schenkt man auch dieser etwas. Sorgen Sie für die Hebung des allgemeinen Wohlstandes, dann wird auch der Bauer besser gestellt sein. Wir wollen nicht bloß die Abschaffung des Differenzsatzes, sondern auch die Veränderung der ganzen Gesetzgebung, namentlich Ersatz des bisherigen giftig und gesundheitsschädlich wirkenden Denaturierungsmittels durch ein anderes Mittel. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer Erwiderung des Finanzministers Frhrn. v. Niels, die auf der Tribüne unverständlich bleibt, da der Redner in zu großer Entfernung von der Tribüne und von ihr gänzlich abgewandt spricht, vertagt das Haus die Weiterberathung auf Dienstag 1 Uhr (vorher Interpellation Brömel betreffend amliches Waarenverzeichniß).

Schluß 5¾ Uhr.

Deutschland.

△ Berlin, 16. Jan. [Deutschland und Russland.] Wir haben die triftigsten Gründe, vor einer Überschätzung der Hoffnungen zu warnen, die in Finanz-, aber auch in Industriekreisen an den jetzigen Stand der deutsch-russischen Zollverhandlungen geknüpft werden. Die Sache liegt noch immer so, wie sie zu Beginn der vorigen Woche an dieser Stelle geschildert worden ist; und die neuen russischen Vorschläge haben die Situation kaum verändert. Was man vom russischen Entgegenkommen zu halten hat, das beweist die jüngste Petersburger Chancé. Seit wenigen Tagen wird es mit der Anordnung, daß die Zölle in Gold zu zahlen sind, man muß sagen lächerlich ernst genommen: deutsche Reichsbanknoten werden plötzlich nicht mehr als vollwertig behandelt, und wer den Zoll in Banknoten erlegt, muß einen Zuschlag draufgeben. Die Maßregel, die tatsächlich als neue Erhöhung der russischen Zölle wirkt, hat hier begreiflicherweise verstimmt und wird noch ihre Folgen haben.

— Der Kaiser ist zur Zeit leicht erkältet und konnte deshalb die Kaiserin zur Beiseitung der heute (Montag) stattfindenden Gedächtnisfeier für Werner Siemens nicht begleiten.

— Wie gemeldet wird, hat der Kandidat der freisinnigen Partei im Wahlkreis Liegnitz, Stadtrath Becker, in Folge der rohen Scenen, welche Antisemiten und Konservative — letztere mit Stöcken bewaffnet — in einer ländlichen Versammlung, welche von den Freisinnigen veranstaltet worden, vollführt, die Erklärung abgegeben, daß ihm die Selbststachtung

verbiete, seine Kandidatur zum Reichstage aufrecht zu erhalten. Der Vorgang ist außerordentlich charakteristisch gegenüber den Anklagen, welche von konservativer Seite gegen die freisinnige Agitation in Arnswalde-Friedeberg erhoben worden sind. So sehr wir den Rücktritt des Herrn Becker bedauern, so erkennen wir an, daß es nicht Ledermanns Sache ist, sich in dem Gebrüll antisemitischer Schreier das Gehör der Versammlung zu erkämpfen. Von freisinniger Seite ist nun mehr die Kandidatur eines Grundbesitzers aus dem Kreise in Aussicht genommen.

— Die konstituierende Versammlung der Partei Bismarck sans phrase ohne Bismarck, zu deutsch „Nationalpartei“ — die am Sonntag in Berlin tagte, war, wie man hört, von 23, sage und schreibe dreißigzwanzig Personen, zum größeren Theil aus Süddeutschland, besucht. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Als Theilnehmer bzw. Hauptforsers werden der frühere Reichstagsabg. v. Fischer-Augsburg und Dr. Kleiser, Redakteur der „Westf. Allg. Blg.“ genannt.

— Wie aus Petersburg gemeldet wird, bildete die ungemein freundliche Aufnahme, welche die neuen deutschen Botschafter, General v. Werder, beim Neujahrsfest gesetztes des Kaisers und der Kaiserin von Russland zu thun wurde, vielfach den Stoff des Gesprächs. Die Spuren der Petersburger Gesellschaft seien dem Botschafter gleichfalls mit großer Herzlichkeit entgegengekommen.

General, 16. Jan. In dem benachbarten Orte Niemtsch, sollte gestern Abend unter freiem Himmel eine Bergarbeiter-Versammlung stattfinden, welche mündlich vereinbart war. Beim Erscheinen von Gendarmerie zerstreuten sich die Bergarbeiter, welche in einer Stärke von über 100 Mann erschienen waren.

Mannheim, 16. Jan. Wie die „Neue Bad. Landeszeit.“

meldet, ist der Sozialistenführer Häusler, welcher nach Unterschlagung bedeutender Gelder nach Chicago entflohen, ausgeliert worden und bereits hier eingetroffen.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 16. Jan. Die Generaldebatte über die Militärvorlage in der Militärikommission hat sich in der heutigen Sitzung etwas mehr als bisher der Erörterung der Finanzen zugewendet, von deren Beantwortung schließlich eine Verständigung abhängt. Abgeordnete v. Komierowski, der freilich einen Beschuß der polnischen Fraktion noch vorbehält, kam zu dem Schlus, daß die Polen in der Bewilligung der Armeeverstärkung so weit geben würden, als finanziell möglich sei, eine Verständigung würden sie nicht binden. Zurückhaltender sprach sich der Abg. v. Buol (Bentr.) aus. Er meinte, der Reichstag sei für die gegenwärtigen unhalbaren Zustände der Armee nicht verantwortlich; wohl aber die Regierung. Es müsse das zur Vorsicht mahnen. Wenn die Regierung früher schon die zweijährige Dienstzeit eingeführt hätte, wäre die Lage eine bessere. Aber man drohe ja auch jetzt noch mit der Wiederherstellung der vollen dreijährigen Dienstzeit. Was sage Graf Caprivi dazu? Wie Abg. v. Komierowski ging auch Herr v. Buol bei Beurtheilung der Vorlage davon aus, daß er Vertreter eines Grenzbezirks sei und knüpfe daran die Frage, ob in der That ein Kriegsplan existiere, der Süddeutschland wenigstens für den Anfang einer französischen Invasion preisgebe! Redner wünschte ferner zu wissen, ob zwei Drittel der verlangten Rekrutenziffer durch Mehreinstellung von 22 000 Rekruten und 18 000 Erfahreneren beschafft würden. Für alle Fälle müßten wirtschaftliche Garantien bezüglich der Deckung der Ausgaben, namentlich hinsichtlich des Tabaks gegeben werden. Die öffentliche Meinung sei durch die ungefährliche Vorbereitung der Vorlage beeindruckt worden; man könne aber nur in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung vorgehen. Besser wäre es, die Vorlage um ein Jahr zu verschlieben. Graf Caprivi betonte in seiner Erwiderung, es seien heutzutage erheblich größere Maffen erforderlich als 1870. Die Hauptfrage sei die: wie viele Leute hat der Hauptmann unter seinen Mannschaften, deren Eigenschaften er kenne? Heute sei die Zahl derselben sehr gering. Der Etat der Truppe sei zu gering. Der Reichskanzler verbreitete sich alsdann eingehend über die Entwicklung der Heeresorganisation, erörterte die Gründe, aus denen Kaiser Wilhelm das Sichere dem Unsicheren vorzuhaben, an der dreijährigen Dienstzeit festgehalten habe, gab die genaueren Daten für die Aufstellung des Verdächtigen Projekts, die zum Theil schon in der ersten Berathung mitgetheilt worden sind. Nach dem Rücktritt Verdys habe er die Vorarbeiten für die Vorlage am 1. Mai 1891 in Angriff genommen, die nach Erörterung der Finanzfrage im Kronrat am 18. Juni 1891 Gegenstand einer Befreiung im preußischen Finanzministerium gewesen sei. Er bezeichnete genau die Höhe der früheren Forderungen, die Herabminderung derselben, bis endlich am 29. August 1892 der Kaiser den Entwurf gut geheissen, der am 8. Oktober die Zustimmung des preußischen Staatsministeriums und am 14. Oktober 1892 diejenige des Bundesrats erhalten habe. Ein Operationsplan der zunächst Süddeutschland preisgebe, könne nicht existieren. Das hänge von den Eventualitäten des Krieges ab. In Anknüpfung an eine detaillierte strategische Darlegung mit besonderer Rücksicht auf den Stand der Befestigungen u. s. w. in Frankreich suchte Graf Caprivi die Notwendigkeit einer Verstärkung der Kriegsstärke um 450 000 Mann und der Feldartillerie nachzuweisen. Buol gegenüber erklärte er, die zweijährige Dienstzeit, wenn sie einmal eingeführt sei, könne nicht wieder aufgegeben werden. Von besonderem Interesse war seine Antwort auf die Anregung Buols, die Vorlage ein Jahr aufzuschieben. Ob das möglich sei, wisse niemand. Nach der Vorlage wurde die Armeestärke jährlich um 60 000 Mann wachsen. Auch bei einer Mehr-Einstellung von nur 50 000 Mann würde es möglich sein, drei Ersatz-Divisionen zu formiren. Dann nahm Abg. v. Bennington das Wort, dessen Ausführung in dem Vorschlag gipfelte, eine Vermehrung der Feldbatterien, die Neu-einstellung von 40 000 Rekruten und die Hälfte der vierten Bataillone zu bewilligen. Es handle sich nur um ein Mehr oder Weniger. Herr v. Bennington wies darauf hin, daß sein Vorschlag sich bezüglich der Rekrutenzahl — von dem Richterschen nur dadurch unterscheide, daß 18 000 Mann 24 Monate, anstatt wie die jetzige Erbschaftsreserve 10 Monate diente. Endringlich ermahnte Herr v. Bennington die Regierung zu einer Verständigung die Hand zu bieten, deren politische Vorteile enorm seien, während andernfalls die alsdann unvermeidliche Auflösung des Reichstags zu einer völligen Verwirrung der politischen Lage führen müsse. Die Antwort Caprivis wird in der nächsten, übermorgen stattfindenden Sitzung erwartet.

Kleinere militärische Mittheilungen.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

m Das militärische Schlagwort der neuesten Ära ist Verjüngung der Armee in seinen Chargen und in seinen Reservemannschaften geworden. Kann man sich

mit dem Prinzip der Verjüngung der Reservemannschaften im Allgemeinen einverstanden erklären, wenn man auch die Hoffnung des Grafen Caprivi, daß für so und soviel mehr eingesetzte Rekruten so und soviel ältere Landwehrmänner im Kriegsfall zu Hause bleiben könnten, nicht zu thun braucht, so muß man die Verjüngung der Armee in ihrem Offizier- und Unteroffizierkorps mit ziemlich skeptischen Augen betrachten. Gewiß ist anzuerkennen, daß der Frontoffizier und Unteroffizier nicht zu alt sein darf, soll er den Ansprüchen des Dienstes im Frieden und im Kriege entsprechen können. Aber dieses Alter hat ebenso wie nach oben nach unten hin eine Grenze und wenn wir die Wahl hätten, so möchten wir die Ausbildung und Führung der Truppen eher etwas zu alten, als zu jungen Vorgesetzten anvertrauen. Im Kriege, wo man nur mit ausgebildeten Soldaten zu thun hat, wo die Einzel-Leistung des Mannes in der Gesamtheit verschwindet, da ist wohl der jugendlich vorwärts strömende Geist des Führers vortrefflich zu gebrauchen, wird er doch schon durch die stete Beaufsichtigung und Überwachung des älteren Vorgesetzten kontrolliert und geregt. Im Frieden aber kommt es hauptsächlich auf die tüchtige Durchbildung des Einzelnen und der kleineren Truppenteilungen an, wobei der jugendliche Ungehorsam mehr Schaden als Nutzen stiften kann. Der junge Offizier von noch nicht zwanzig Jahren, der kaum ein Jahr in der Truppe gedient hat, ist in der That nicht im Stande ohne Hilfe des Hauptmanns und ohne Unterstützung einiger alten Unteroffiziere seinen Rekrutentrupp auszubilden. Erst wenn er zwei oder drei Mal die Rekruten ausgebildet hat, wird man ihm eine gewisse Selbstständigkeit in dieser Beziehung zuerkennen können. Bei vielen Regimentern ist es deshalb Sitte, dem älteren Lieutenant der Kompanie, ja selbst den Premierlieutenants die Ausbildung der Rekruten zu übergeben. Dasselbe Verhältnis findet auch bei dem Unteroffizier statt. Der zweijährige Soldat, welcher zum Unteroffizier ernannt, jetzt seine Korporalschaft Rekruten ausbilden soll, wird sehr oft ratlos dastehen, oder durch seinen jugendlichen Ungehorsam sich zu bedauerlichen Handlungen hinreichen lassen, welche der ältere Unteroffizier weit eher zu vermeiden weiß. Es sollte unseres Erachtens nach Niemand zum Unteroffizier ernannt werden, der nicht mindestens drei Jahre in der Front gedient hat. Freilich gehört dazu auch eine Hebung des gesamten Standes, um die Stellung eines Unteroffiziers erstrebenswerth zu machen.

Aus dem Gerichtssaal.

? Posen, 14. Jan. [Schwurgericht.] Es mögen sich der Arbeiter Thomas Nagengast und dessen Ehefrau, Katharina, geb. Matalarz aus Gogolovo, sowie der Fleischermester Michael Bruski aus Schrimm wohl nicht haben träumen lassen, daß ihr Verhalten am 30. Oktober 1891 vor dem Amtsgericht zu Schrimm sie auf die Anklagebank des Schwurgerichts bringen werde. Thomas Nagengast verlor frühzeitig seine Mutter, die unverheirathete Therese Nagengast und der Mann ihrer Schwester Namens Janke nahm das Kind zu sich und erzog es. Nagengast war in einem polnischen Dorfe (Koszuth, Kreis Schröda) geboren. Er führte den Namen seines Pflegevaters und wurde von den Polen Jantowski genannt. Als Jantowski verheirathete er sich mit seiner ersten Frau Viktoria, geb. Jankowia, er kaufte das Grundstück Baborowko Nr. 46 und unter dem Namen Jantowski wurden er und seine Ehefrau am 6. Januar 1886 als Eigentümer in das Grundbuch eingetragen. Seine Frau starb am 10. Februar 1890 und hinterließ zwei großjährige und drei minderjährige Kinder. Durch Erbrecht vom 23. Junt 1890 wurde ihm das Grundstück zum Alleineigenthum überlassen und er verpflichtete sich, seinen Kindern 165 Mark Mutterererbteil zu zahlen und auf dem Grundstück einzutragen zu lassen. Im Herbst 1890 wollte er sich wieder verheirathen und mußte seinen Taufchein vorlegen. Jetzt erfuhr er, daß er Nagengast und nicht Jantowski heiße. Im November 1890 verheirathete er sich mit Katharina, geb. Matalarz. Es begannen ihn die Schulden zu drücken und er veräußerte sein Grundstück am 30. Oktober 1891 an den Häusler Johann Mendyka. Nagengast, der mit seinem früheren Namen Jantowski wohl weiter bezeichnet worden ist, erfuhr den Angeklagten Bruski, ihn und seine Ehefrau zu rekonnoitern und alle drei begaben sich mit Mendyka aufs Amtsgericht in Schrimm. Dem Dolmetscher Gajewicz, der sie wohl unter Zuhilfahrt der Grundalter befragte, ob sie die Thomas und Viktoria Jantowski'schen Eheleute seien, bejahten sie diese Frage und Bruski bestätigte ihre Angaben. Der Ehemann Nagengast ist schreibensunkundig, seine Frau jedoch unterschreibt die betreffende Verhandlung mit „Viktoria Jantowska“. Beide Eheleute müssen gewußt haben, daß sie nicht recht handeln, für das Schuldbewußtsein der verehelichten Nagengast spricht der Umstand, daß sie vor dem Gericht noch gesörgt hat, sich für die erste Ehefrau ihres Mannes auszugeben. Bruski soll ihr aber gesagt haben, daß würde schon gehen. Nach dem Verlassen des Gerichts äußerte sie zu Mendyka, daß er nichts ausgerichtet haben würde, wenn sie nicht gewesen wäre. Die Angeklagten sind nun beschuldigt, am 30. Oktober 1891 zu Schrimm gemeinschaftlich vorjährlich bewirkt zu haben, daß Erklärungen und Thatsachen, welche für Rechtsverhältnisse von Erbbedecktheit sind, in öffentlichen Urkunden und Büchern als abgegeben und geschehen beurkundet worden sind, obwohl sie von einer anderen Person abgegeben und in einer anderen Weise geschehen waren, und zwar in der Absicht sich bezw. Bruski Anderen, einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Die gewünschte Absicht findet die Aussage darin, daß die Nagengast'schen Eheleute von ihren Gläubigern bedrängt wurden, und sich Geld nur durch Veräußerung ihres Grundstücks verschaffen konnten. Um in legaler Weise dies zu erlangen, hätte Nagengast die Berichtigung seines Namens im Grundbuche und die Eintragung seines Alleineigenthums herbeiführen müssen. Dazu war die Zustimmung der großjährigen Geschwister Josepha und Martin Nagengast notwendig; der Aufenthaltsort der Letzteren war unbekannt, ihre Ermittlung hätte möglicherweise viel Zeit in Anspruch genommen, die notwendigen Operationen aber nicht unerhebliche Kosten verursacht. Dies Alles hat er durch sein Vorgehen vermieden. Bevor die Angeklagten aufs Gericht gingen, war Thomas Nagengast bei dem Rechtsanwalt Citron in Schrimm gewesen, damit dieser den Kaufvertrag aufnehmen. Dieser hatte ihn aber zurückgewiesen und ihm gerathen, den Beifstiel zunächst auf seinen alleinigen Namen berichtigten zu lassen. Thomas Nagengast erklärt, daß er gar nicht gewußt habe, daß er etwas Strafbares begehe. Der Rechtsanwalt Citron habe zwar einen Vertrag von ihm nicht aufnehmen wollen, er habe ihm aber nur gesagt, er solle die Sache bei Gericht regeln. Das Grundstück sei ihm allein seiner Zeit aufgelassen worden, ohne daß ein schriftlicher Vertrag gemacht worden wäre, und da

habe er geglaubt, es auch ohne schriftlichen Vertrag weiter veräußern zu können. Katharina Nagengast weiß nicht mehr, daß sie gefragt worden, ob sie Viktoriia Jankowska heiße. Sie habe auch nicht aufs Gericht gehen wollen, da ihr Vorname ja Katharina sei. Brusti habe ihr aber erklärt: "Ach, das wird schon gehen." Ihr Mann sei bei dieser Neuerung nicht aufgegangen gewesen, aber auch dieser habe ihr zugesetzt, den Namen seiner verstorbenen Frau zu unterschreiben. Brusti erklärt, er sei nur gefragt worden, ob die Verkäufer des Grundstücks die Jankowskis Eheleute seien. Das habe er bejaht, denn er habe niemals gehört, daß die Leute anders benannt worden wären. Die Beweisaufnahme bestätigte die Angaben der Anklage und der Staatsanwalt beantragte auch die Verurteilung der Anklage gemäß, er stellte anheim, die Frage nach dem Vorhandensein milbernder Umstände zu bejahen. Die Nagengastschen Eheleute wurden der Urkundensfälschung für schuldig erachtet, jedoch verneinten die Geschworenen den erschwerenden Umstand der gewünschten Absicht, den Brusti sprachen sie vollständig frei. Der Gerichtshof verurteilte den Thomas Nagengast zu einem Monat Gefängnis und die Katharina Nagengast zu vierzehn Tagen Gefängnis.

Gegen den Knecht Melchior Konieczny aus Bronisz wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Er wurde von der Anklage der versuchten Nothzucht freigesprochen.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 16. Jan. Der Geheime Regierungsrath, Konsistorial- und Schulrat Eisemann, ist gestern hier gestorben.

Wien, 16. Jan. Ein Communiqué des "Fremdenblatt" bestätigt vollkommen das offizielle Dementi, welches die französische Regierung der Meldung des Pariser Korrespondenten des "Budapesti Hirlap" entheilte. Dem Korrespondenten sei offenbar unbekannt, daß der Kaiser das diplomatische Corps bei Hofhäusern in einem besonderen Salon empfängt. So sei es auch diesmal geschehen. Der Kaiser habe den französischen Botschafter Decrais, welcher sich am Wiener Hofe und in der Gesellschaft einer ausgezeichneten Stellung erfreue, sowie den französischen Militäraräte Oberst du Forey mit einer längeren Unterredung beehrt, somit sei die Meldung des "Budapesti Hirlap" unbegründet. Die Erfahrung bleibe bedauerlich, wenn ein müßiges Ballgeschwätz genüge, Schlüsse über die Beziehungen zweier großen Staaten daran zu knüpfen.

Bpest, 15. Jan. Amtlicher Cholerabericht. In Budapest ist am 13. d. M. eine neue Erkrankung vorgekommen.

Bpest, 15. Jan. Wie das Amtsblatt meldet, ist die auf eignes Ansuchen erfolgte Enthebung des Staatssekretärs im Finanzministerium, Ludwig Lang, angenommen und demselben für die hingebenden und treuen Dienste die a. b. Anerkennung ausgesprochen worden.

Pola, 16. Jan. Der Lloydampfer "Milano" ist heute früh auf der Fahrt von Dalmatien nach Triest beim Kap Compare gestrandet und sofort gesunken. Passagiere und Mannschaft wurden gerettet.

Preßburg, 16. Jan. Erzherzogin Friedrich ist von einer Tochter entbunden worden.

Rom, 16. Jan. Der russische Minister des Auswärtigen v. Giers ist, von seinem Sohne Konstantin begleitet, hier eingetroffen.

Rom, 16. Jan. Heute Vormittag wurde das bereits angekündigte Konsistorium abgehalten. Der Papst hielt eine ausschließlich auf sein Bischofsjubiläum und die neu erwählten Kardinäle bezügliche Ansprache, in welcher er Gott dankte, daß er ihm das Leben bis zu seinem Jubiläum geschenkt habe; es werde dies einen heilsamen Eindruck auf Alle machen, weil man das ihm trotz des hohen Alters verliehene Leben als ein Unterpfand des göttlichen Schutzes für die Kirche, besonders in unheilvoller Zeit, ansehen müsse.

In Folge großer Schneefälle erleiden die Telegraphen- und Eisenbahn-Verbindungen in Oberitalien erhebliche Verzögerungen.

Paris, 16. Jan. Das Komitee des Vereins der ausländischen Presse wird sich morgen versammeln, um über die Streichung derjenigen Vereinsmitglieder aus den Vereinslisten zu berathen, welche durch die französische Polizei ausgewiesen sind. Die Morgenblätter bezeichnen es als wahrscheinlich, daß noch mehrere deutsche und italienische Zeitungs-Korrespondenten ausgewiesen werden.

Der "Figaro" versichert, die Namen derjenigen Deputirten und Senatoren, bezüglich welcher die gerichtliche Erklärung erfolgen werde, daß es an genügenden Beweismitteln zu ihrer Verfolgung fehle, würden bis morgen Mittag bekannt gemacht werden.

Paris, 16. Jan. Der Polizeikommissar hat heute Vormittag dem Korrespondenten mehrerer italienischer Blätter, Richard Alt, den Ausweisungsbefehl übermittelt. Demselben ist ebenso wie dem deutschen Korrespondenten Wedel eine acht- und vierzigstündige Frist für die Abreise bewilligt worden.

Paris, 16. Jan. Dem "Figaro" zufolge hätte den russischen Botschafter Baron Mohrenheim am Sonnabend nur ein von fast allen Diplomaten unternommener gemeinsamer Schritt davon abgehalten, seine sofortige Abberufung zu eritten.

Paris, 15. Jan. Der Ministerpräsident Ribot gab gelegentlich eines Besuches bei dem italienischen Botschafter Reffman der peinlichen Empfindung Ausdruck, welche die in einigen Blättern gegen Reffmans Vorgänger gerichteten beleidigenden Insinuationen hervorgerufen hätten. Derselbe hätte die beste Erinnerung zurückgelassen.

Paris, 16. Jan. Nach einer Meldung des "Gaulois" hielt General Lotzillon bei der Übernahme des Kriegsministeriums in Unwissenheit mehrerer Generale, darunter General Miribel, eine Ansprache, in der er hervorhob, daß er das Portefeuille angenommen habe, weil durch seine Ernennung zum Kriegsminister einem Regiment ein Ende gemacht werde, das nicht alle erhofften Früchte getragen habe.

Paris, 16. Jan. Der "Figaro" veröffentlicht eine ihm von einem Parlamentarier zugegangene Buschrift, in welcher authentisch festgestellt wird, daß der Präsident Carnot im Jahre 1886 in der Kommission die Erklärung abgegeben habe, daß er in der Kammer den Gesetzentwurf über die Ausgabe von Nominaloopen nicht vertheidigen werde, weil das der Angelegenheit eine Garantie geben hieße, die ihr nicht gegeben werden

darf. Die Unterschrift Carnots unter den Gesetzentwurf bedeutet nur, daß er vom finanziellen Gesichtspunkt aus keinen Einwand zu erheben habe.

Am Stelle des seitherigen französischen Botschafters in London, Waddington, soll, wie es heißt, Cambon treten.

Paris, 16. Jan. Die Budgetkommission nahm im Prinzip den Gesetzentwurf betreffend die Steuer auf Börsengeschäfte an. Das Bureau der Studiengruppe der Kammer hat mit dem Ministerpräsidenten Ribot eine Unterredung über die gegenwärtige Lage. Die Gruppe wird einen Antrag auf Abänderung des Preßgesetzes einbringen, damit die gegen Sonder- und fremde Botschafter gerichteten Beleidigungen und Verleumdungen bestraft werden können.

In ganz Frankreich herrscht strenge Kälte; an zahlreichen Punkten sind die Eisenbahnverbindungen in Folge großer Schneefälle unterbrochen.

Paris, 16. Jan. Der Untersuchungsrichter in der Panama-Angelegenheit verhörte heute Charles Lefèvre, Cottu und Fontane bezüglich der gegen gewisse Mitglieder des diplomatischen Corps erhobenen Beschuldigungen. Die drei Administratoren gaben die formelle Erklärung ab, daß die Panama-Kanal-Gesellschaft niemals zu den ausländischen Gesandten irgendwelche Beziehungen gehabt habe.

Paris, 16. Jan. In der Deputirtenkammer wurde eine Interpellation des Boulangisten Dumontel über das Verhalten der Polizei in der am Sonnabend in Tivoli Baugohl stattgehabten Versammlung auf einen Monat zurückgestellt. Auf eine Anfrage des Sozialisten Lavi betreffend die Ausweitung von fünf Kabinett erwiederte der Ministerpräsident Ribot, die Polizei habe seit der Bombenaffäre, welche schon drei Jahre zurückliege, nicht nachgelassen, die Persönlichkeiten ausfindig zu machen, die ihr gefährlich erscheinen. Frankreich werde niemals dulden, daß Ausländer sich gegen benachbarte Mächte Intrigen erlaubten, die Regierung werde nicht zögern, die nothwendigen Ausweisungen vorzunehmen. (Beifall) Bourde (Sozialist) beantragte, die Anfrage Lavi's in die Form einer Interpellation umzustellen. Die Kammer beschloß mit 253 gegen 24 Stimmen die Interpellation auf einen Monat zu vertagen. Dubost verlas den Bericht über den Gesetzentwurf, nach welchem der Betrag, bis zu welchem die Bank von Frankreich berechtigt sein soll Noten auszugeben, auf 4 Milliarden erhöht werden soll. Die Berathung des Gesetzentwurfs wurde auf morgen festgesetzt.

Dem Vernehmen nach steht die Ausweitung des Journalisten Trömer, Direktors eines Finanzblattes, zu der Ausweitung mehrerer Korrespondenten answärtiger Zeitungen in keiner Beziehung. Dieselbe war noch durch den Minister Doubet angeordnet, ist jedoch in Folge einer Vorstellung der in Paris ansässigen Elias-Lothringen, welche die Unschuld Trömers beteuerten, verschoben worden.

Paris, 16. Jan. [Deputirtenkammer.] Millevoine rückte an den Justizminister die Anfrage, wann Arton und Cornelius Herz verhaftet werden würden. Herz sei ein Verräther, den man mit jedem rechtl. zulässigen Mittel verfolgen müsse. (Beifall auf der Linken) Der Justizminister erwiederte, er könne sich Anklagen nicht anschließen, die gegen Personen erhoben würden, welche noch nicht verurtheilt seien. Gegen Arton sei ein Haftbefehl erlassen worden. Er (der Minister) habe am 7. Januar dem Rathe der Ehrenlegion die Angelegenheit des Cornelius Herz zur Prüfung vorgelegt. Derselbe sei zweimal geladen gewesen, an Stelle dieser einfachen Vorladungen sei heute Vormittag die formelle Anklage gegen ihn erhoben worden. (Beifall auf der Linken.) Sodann wurde die Berathung des Gesetzentwurfs bezüglich der Handelsflotte wieder aufgenommen.

In der morgigen Kammer sitzung wird der Ministerpräsident Ribot einen Gesetzentwurf einbringen, wonach Vergehen gegen fremde Souveräne und die bei dem Präsidenten der Republik beklagten Gefandten an die Buchtgerichte verwiesen werden.

Toulon, 15. Jan. Wie verlautet, soll eine Division Panzerschiffe unter Admiral Buge in einigen Tagen von hier, wie man annimmt, nach Tanger abgehen. Dorthin würden auch mehrere italienische Kriegsschiffe, die in Spezzia vor Anker liegen, in See gehen.

Alloft, 15. Jan. Die Radikalen veranstalteten heute das erste Referendum. Von 4500 großjährigen Bürgern, welche in der Stadt wohnen, stimmten 3000 für das allgemeine Stimmrecht.

Charleroi, 15. Jan. In einem heute von den "Mittern der Arbeit" veranstalteten zahlreich besuchten Meeting zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts wurde eine hierauf bezügliche Tagesordnung angenommen, welche dem Könige und den Kammern überreicht werden wird.

Lissabon, 15. Jan. Der Ministerpräsident Dias Pereira wird morgen in der Kammer das Budget 1893/94 vorlegen. Die Einnahmen sind in demselben mit 41 160, die Ausgaben mit 46 222 Contos Reis veranschlagt. Das Defizit in Höhe von 5062, welches sich darnach ergibt, soll durch eine Herabminderung der Ausgaben und durch neue Steuern gedeckt werden.

London, 16. Jan. Nach einer Meldung des "Neuzeitlichen Bureaus" aus Tanger hat der Sultan von Marokko sich bereit erklärt, die von der englischen Regierung verlangte Genugthuung wegen der Ermordung des englischen Unterthanen Namens Juan Trinidad zu geben.

Belgrad, 16. Jan. Das Budget für 1892 bleibt in Folge einer königlichen Verfügung vorläufig bis Ende April in Kraft. Der vom Staatsrat zur Regelung der Neuwahlen eingesetzte Ausschuss hat auf Grund einer Zählung der steuerzahrenden Staatsbürger die Anzahl der Abgeordneten für die kommende Skupština-Session auf 134 festgesetzt.

In der Gemeinde Koceljewo bei Schabac haben neuerdings unter den Radikalen Exzeesse stattgefunden. Mehrere Personen sind dabei getötet, andere verwundet worden. Durch Gendarmerie wurde die Ordnung wieder hergestellt. Der Skupština-Abgeordnete Milosch Bogdanovics ist wegen Hochverrats verhaftet.

Rom, 17. Jan. Am Schlusse der gestrigen Allofution kündigte der Papst an, er habe sich die Ernennung zwei weiterer Kardinäle vorbehalten. Man glaubt, es handle sich um den in Rom weilenden deutschen Jesuiten Steinhuber und einen französischen Bischof.

Handel und Verkehr.

** Berlin, 16. Jan. Der Zentralausschuß der Reichsbank ist für morgen Vormittag zu einer Sitzung zusammenberufen; man nahm an der Börse an, daß eine Ermäßigung des Reichsbank-

Diskonts erfolgen werde, die nach Lage der Verhältnisse allerdings wahrscheinlich ist.

** Köln, 16. Jan. Die "Köln. Btg." meldet, es würde gegenwärtig von dem deutschen Walzwerksverband eine Ermäßigung des Preises um fünf bis zehn Mark in Erwägung gezogen. Die Hauptversammlung des rheinisch-westfälischen Hobelwerbverbandes habe beschlossen, an den bisherigen Preisen festzuhalten. Nachdem die bisher entgegengestehenden Schwierigkeiten belegt seien, werde die endgültige Errichtung eines Gießerei-Hobelwerks-Syndikats nunmehr unverzüglich in Angriff genommen werden.

** Petersburg, 14. Jan. Gewinnziehung der russischen Prämielenleihe von 1864: 200 000 Rbl. Ser. 7373 Nr. 7, 75 000 Rbl. Ser. 3734 Nr. 46, 40 000 Rbl. Ser. 2699 Nr. 3, 25 000 Rbl. Ser. 9572 Nr. 47, je 10 000 Rbl. Ser. 11 503 Nr. 8, Ser. 17 749 Nr. 23, Ser. 7487 Nr. 44, je 8000 Rbl. Ser. 17 754 Nr. 13, Ser. 15 686 Nr. 27, Ser. 15 487 Nr. 36, Ser. 18 217 Nr. 7, Ser. 19 689 Nr. 41, je 5000 Rbl. Ser. 15 949 Nr. 46, Ser. 13 055 Nr. 16, Ser. 16 224 Nr. 7, Ser. 10 316 Nr. 35, Ser. 4 Nr. 48, Ser. 14 362 Nr. 24, Ser. 1370 Nr. 6, Ser. 6212 Nr. 27, je 1000 Rbl. Ser. 14 500 Nr. 16, Ser. 5089 Nr. 38, Ser. 3506 Nr. 36, Ser. 3895 Nr. 45, Ser. 9792 Nr. 43, Ser. 2988 Nr. 43, Ser. 295 Nr. 12, Ser. 12 062 Nr. 35, Ser. 4527 Nr. 7, Ser. 8964 Nr. 40, Ser. 12 072 Nr. 7, Ser. 319 Nr. 30, Ser. 871 Nr. 28, Ser. 1645 Nr. 23, Ser. 14 416 Nr. 18, Ser. 18 304 Nr. 50, Ser. 11 238 Nr. 37, Ser. 15 231 Nr. 43, Ser. 1694 Nr. 40, Ser. 14 428 Nr. 50.

** Liverpool, 16. Jan. Morgen beginnt hier die Auktion für ostindische Baumwolle. Im Ganzen kommen circa 15 500 Ballen zur Versteigerung.

Meteorologische Beobachtungen zu Breslau im Januar 1893.

D a t u m	Barometer vor 0° Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	W i n d.	W e t t e r.	Temperatur Grad
16. Nachm. 2	75,3	SSO schwach	bedeut	- 11,8
16. Abends 9	754,7	SSO schwach	bedeut	- 11,9
17. Morgs. 7	754,1	SSO schwach	bedeut	- 14,5
¹ Von 10 ^{1/2} Uhr an Schnee. ² Nachts Schnee.				
Am 16. Jan. Wärme-Maximum - 11,7° Cels. Am 16. Wärme-Minimum - 15,3°				

Produkten- und Börsenberichte.

Konds-Kurve.

Breslau, 16. Jan. (Schlußkurse.) Sehr fest. Rente 3proz, Reichsanleihe 86 35, 3½ proz. L.-Pfandbr. 98 00, Konso. Türk. 21,00, Türk. Loos 89,25, Apr. ung. Goldrente 96,50, Bresl. Diskontoban 95,75, Breslauer Wechslerbank 96,00, Kreditstätt. 173,25, Schle. Bankverein 111,00, Donnersmarchhütte 88,00, Fläther Weichselbank —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Häfenbetrieb 110,60, Oberleibl. Eisenbahn 47,50, Oberleibl. Fortland-Zement 71,25, Schle. Cement 116,00, Oppeln-Zement 87,50, Schle. D. Cement —, Kramsta 128,00, Schle. Binsfältten 172,50, Laurahütte 95,50, Verein. Oelsfabr. 88,00, Österreich. Banknoten 168,70, Russ. Banknoten 208,80, Giebel Cement 72,50.

Frankfurt a. M., 16. Jan. (Schlußkurse.) Fest. Bond. Wechsel 20 357, Apr. Reichsanleihe 107,10, österr. Silberrente 82,70, 4½ proz. Papierrente 83,00, do. 4proz. Goldrente 98,60, 1860er Loos 128,90, 4proz. ung. Goldrente 96,50, Italiener 91,50 1880er Russen 96,00, 3. Orient. 66,80, unifl. Egypt. 99,60, vnu. Türk. 20,85, 4proz. türk. Anl. 85,30, 3proz. port. Anl. 22,20 5proz. serb. Rente 77,40, 5proz. amort. Rumänier 97,20, 5proz. tonfol. Megl. 77,20, Böh. Weinh. 303, Böh. Nord. 159, Franz. —, Glatz 184, Gotthardbahn 152,50, Lombarden 78,1, Lübeck-Büchen 139,50, Nordwestbahn 179, Kreditstätt. 269, Darmstädter 133,70, Mittelb. Kredit 96,30, Reichsb. 147,60, Disk.-Kommandit 181,90, Dresden. Bant 139,00, Pariser Wechsel 81,10, Wiener Wechsel 168,65, serbische Tabakrente 77,10, Bochum Gußh. Zahl 115,70, Dortmund. Union 54,10, Harpener Bergwerk 127,00, Hibernia 107,50, Apr. Spanier 60,50, Mainzer 110,10 Berliner Handelsgesellschaft 137,70.

Nach Schluß der Börse: Kreditstätt. 269, Disk.-Kommandit 182,10, Bochumer —.

Wien, 16. Jan. (Schlußkurse.) Auf fortgesetzte umfangreiche Meinungskäufe und gegen bevorstehende Durchführung der Balaia-Geschäfte sehr

Grocery 53 Pf., Armour 53 Pf., Mohr u. Brother (pure) — Pf., Fairbank 46 Pf.

Spec. Sehr fest. Short clair middl. (schwimmend) 47, Januar-Februar-Abladung short clear middl. 47, long clear middl. 46.

Tabaf. 46 Fässer Kentucky, 14 Fässer Virginny, 817 Fässer Brasil.

Wolle 122 Ballen Umsatz.

Bremen, 16. Jan. (Karte des Effekten- und Makler-Bereins Brem. Nordb. Wissenskunst- und Sammlung-Spinnerel-Aktien 160 Br., Brem. Nordb. Lloyd-Aktien 97 Gd.

Hamburg, 16. Jan. Getreidemarkt. Weizen 1 lo fest, holsteinischer loto neuer 158—162. Roggen loto fest meilenb. loto neuer 138—144 russischer loto fest, transit 112—114. — Hafer fest. — Gerste fest — Rübböl (überz.) still, loto 51

Spiritus loto behauptet, v. Jan. 2³/4 Br., Jan. Februar 23¹/4 Br., v. April-Mai 23 Br., per Mai-Juni 23¹/4 Br.

Kaffee fest, Umsatz 3000 Sac. — Petroleum loco behauptet, Standort white loto 5.20 Br., v. Febr.-März 5.15 Br. — Wetter: Schneetreiben.

Hamburg, 16. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht). Good aver. ge Santos ver Jan. 81¹/₂, ver März 80¹/₂, ver Mai 78¹/₂, Sept. 78¹/₂, v. Dez. — Behauptet.

Hamburg, 16. Jan. Budermarkt. Schlussbericht. Rübener Rohzucker I. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Urtance frei an Bord Homburg ver Januar 14.20, März 14.40, per Mai 14.52¹/₂, per Sept. 14.37¹/₂. Stettig.

Berl. 16. Jan. Produktenmarkt. Weizen fest, per Frühjahr 7.47 Gd. 7.49 Br., per Herbst 7.59 Gd., 7.61 Br. Hafer ver Kreisbach 5.46 Gd., 5.48 Br. Mais per Mai-Juni 1893 4.71 Gd., 4.72 Br. Kohlraps ver August-Sept. 11.30 Gd., 11.40 Br. — Wetter: Kalt.

Paris, 16. Jan. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen steigend, v. Januar 22.50, v. Februar 22.60, p. März-April 22.90, p. März-Juni 23.00. — Roggen fest, v. Januar 14.10 p. März-Juni 14.50. — Mehl steigend, v. Januar 49.60, per Febr. 49.70, per März-April 50.10, v. März-Juni 50.30. — Rübböl behauptet, v. Jan. 56.25, v. Febr. 56.75, v. März-April 57.25, — März-Juni 57.50. — Spiritus behauptet, v. Jan. 46.50, per Febr. 46.75, per März-April 46.75, v. Mai-August 46.75. — Wetter: Frost.

Paris, 16. Jan. (Schluß.) Robzucker ruhig, 88 Proz. loto 38.50. Weizer Buder behauptet, Nr. 3, per 100 Kilogr. ver Jan. 40.62¹/₂, per Februar 41.00, v. März-Juni 41.62¹/₂, v. Mai-Aug. 42.12¹/₂.

Habre, 16. Jan. Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co. Kaffee in Newyork schloß mit 20 Points Haussie.

100 6000 Sac. Santos 11.000 Sac. Rezeptes für Sonnabend.

Habre, 16. Jan. Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co., Kaffee, good average Santos, v. Jan. 101.50, v. März 100.25, per Mai 97.50. Ruhig.

Amsterdam, 16. Jan. Java-Kaffee good ordinary 55¹/₂.

Amsterdam, 16. Jan. Bancazinn 55¹/₂.

Amsterdam, 16. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per März 178, per Mai 179. Roggen loto geschäftlos, auf Termine willig, per März 135, per Mai 133. Rübböl loto 26¹/₂, per Mai 26. Herbst 25¹/₂.

Antwerpen, 16. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Kaffefinanz Type weib loto 13 bez. u. Br. v. Jan. 12¹/₂ Br., per Febr. März 13¹/₂ Br., v. Sept.-Dez. 13¹/₂ Br. Fest.

Antwerpen, 16. Jan. (Telegr. der Herren Wilkens und Comp.) Wolle. La Blata-Zug, Type B, per Februar 4.45, August 4.60 Käufer.

Antwerpen, 16. Jan. Getreidemarkt. Weizen 1/4 höher. Roggen fest. Hafer fest. Gerste fest.

London, 16. Jan. 96 p.Ct. Javazucker loto 16¹/₂ ruhig, Rübener Robzucker loto 14¹/₂ ruhig.

London, 16. Jan. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten.

— Wetter: Leichter Nebel.

London, 16. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen 1/4 sb. höher gefordert, englischer, fremder ziemlicher Begehr, Mehl

ruhig, ca. 1/4 sb. höher, Mais ziemlicher Begehr, Gerste fest, Hafer stramm, 1/2—1/4 sb. höher, russischer 1 sb. höher als vorige Woche. Angelommene Weizenladungen fest. Kalifornischer 31 Gd. — Schwimmendes Getreide 1/4—1/2 sb. höher, Käufer zögernd. — Nutzlast.

London, 16. Jan. Die Getreidezufuhren betragen in der Woche vom 7. Jan. bis 13. Jan.: Englischer Weizen 1457, fremder 46.737, englische Gerste 3037, fremde 7971, englische Malzgerste 21.783, fremde 1000, englischer Hafer 1527, fremder 45.100 Omts., englisches Mehl 20.905, fremdes 66.279 Sac und 206 Fäss.

Glasgow, 16. Jan. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 7892 Tons gegen 5484 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Glasgow, 16. Jan. Nohessen. (Schluß.) Mixed numbers warwants 43 sb. 3 d.

Liverpool, 16. Jan. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 7.000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Surats ruhig.

Middle. amerikan. Lieferungen: Jan.-Febr. 5¹/₂ Käuferpreis, März-April 5¹/₂ do., Mai-Juni 5¹/₂ Käuferpreis, Juli-August 5¹/₂ do., August-Septbr. 5¹/₂ do.

Liverpool, 16. Jan., Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 7.000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Weichend.

Middle. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5¹/₂, Verkaufpreis, Febr.-März 5¹/₂ Wert, März-April 5¹/₂ Käuferpreis, April-Mai 5¹/₂ do., Mai-Juni 5¹/₂ Käuferpreis, Juni-Juli 5¹/₂ Käuferpreis, Juli-August 5¹/₂ do., August-Septbr. 5¹/₂ do.

New York, 16. Jan. Weizen v. Jan. 81 C., v. Februar 81¹/₂ C.

Berlin, 17. Jan. Wetter: Im Laufe des Tages starker Schneefall, jetzt leichter Frost.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 16. Jan. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit zumeist etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen günstig lauteten. Das Geschäft entwickelte sich im allgemeinen etwas lebhafter und die Umsätze gelangten auf einigen Gebieten zu guter Ausdehnung. Im späteren Verlauf der Börse gestaltete sich der Verkehr ruhiger und nach einer kleinen Abschwächung blieb der Schluß fest. Der Kapitalmarkt wies bei fester Gesamthaltung für heimische solide Anlagen normales Geschäft auf; deutsche Reichs- und preußische konföderierte Anleihen gleichfalls fest aber ruhig. Fremde, festen Zins tragende Papiere kontinuieren ihren Wertstand gut behaupten oder wie russische Anleihen und Noten, Italiener, Mexikaner sc. bei regerem Verkehr etwas aufzubessern. Der Privatdistont wurde mit 1% Prozent notirt. Auf internationalem Gebiet zeigten österreichische Kreditaktien etwas höher ein und gingen bei weiter anziehender Notiz ziemlich lebhaft um; Lombarden und andere österreichische Bahnen waren behauptet, Gotthardbahn und andere schweizerische Bahnen abgeschwächt. Inländische Eisenbahnen fest und lebhafter, namentlich Marienburg-Mlawka, ostpreußische Südbahn und Lubed-Büchen etwas besser und mehr gehandelt. Bankaktien fest; die spekulativen Devisen, besonders Diskonto-Kommandit-, Berliner Handelsgesellschafts-Anteile, Aktien der deutschen und Dresdner Bank hellig und belebt. Industriepapiere gleichfalls fest, vereinzelt etwas höher und lebhafter; Montanwerthe durchschnittlich fest und anfangs ziemlich lebhaft.

Produkten-Börse.

Berlin, 16. Jan. In Newyork ist Weizen am Sonnabend an der Börse um 1/4 C. und nach Schluß der Börse ferner um 1/4 C. gestiegen. Auch die übrigen ausländischen Märkte melden feste Haltung. Hier war die Getreidebörsen heute darauhinaus sehr fest; die andauernde heftige Kälte und die starken Schneefälle beeinflussten die Kämmungen, so daß die Zufuhren an den Provinzialmärkten und damit auch die Angebote von Waare an der beständigen Börse gering sind. Eine mäßige Nachfrage genügte deshalb, die Preise für Weizen um 3¹/₂ M. für Rogg. u. in um 2¹/₂ M. zu steigern. Hafer wurde bei kleinen Umsätzen etwas höher bezahlt. Auch Rogg. u. mehr mar infolge Mangels an Angebot höher. Rüböl schwach und billiger. Spiritus war loko und auf Termine bei kleinem Geschäft wenig verändert.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhwiesen) per 1000 Kilogr. Loko fest, Termine anziehend, Gefündigt — o. Kündigungspreis — M. Loko 145—163 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 154 M. per diesen Monat —, v. März-April —, per April-May 160,75—162—161,75 bez., per Mai-Juni 162,5—163,25 bez., per Juni-Juli 163,75—164,75 bez.

Rogg. per 1000 Kilogramm 80 Pf. in guter Frage. Termine höher. Gefündigt 50 Tonnen. Kündigungspreis 139 M. Loko 128—139 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 135,5 M. inländischer guter 135,5—137,5 M. per diesen Monat —, per Jan.-Febr. —, per März-April —, per April-May 141,25—142—141—141,75 bez., per Mai-Juni 142—142,75—142,5 bez., per Juni-Juli 143 bis 143,5—143,25 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm Preis behauptet. Große und kleine 138 bis 172. Futtergerste 115—135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loko schwach behauptet. Termine höher. Gefünd. — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 136—160 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 140 M. Bomm. und preußischer mittel bis guter 137—142 bez., feiner 143—149 bez., schlechter mittel bis guter 138—143 bez., feiner 144—150 bez., per diesen Monat 142,25 M. per Januar-Februar —, per April-May 141—141,25—141 bez., per Mai-Juni 142 M. per Juni-Juli 143 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko sehr fest. Termine still, Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 125—135 M. nach Qual., per diesen Monat 125 Mark, per April-May 118 bez., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —.

Erbsen v. 1000 Kilogr. Kochmaare 160—205 M. nach Qual. Futtermaare 132—150 M. nach Qualität. Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kil. brutto inkl. Sac. Termine höher. Gefündigt — Sac. Kündigungspreis — M. per diesen Monat und per Jan.-Febr. 18,35—18,4 bez., per Febr.-März —, per April-May 18,55—18,65 bez. Rüböl per 10 Kilogr. mit Fäss. Flauer. Gefündigt — Br. Kündigungspreis — M. Loko mit Fäss. —, ohne Fäss. —, per diesen Monat — M. per April-May 49,6—49,4 bez., per Mai-Juni 49,5 Mark.

Petroleum ohne Handel.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kil. brutto incl. Sac. per diesen Monat 18,75 M. — Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kil. brutto incl. Sac. per diesen Monat 10 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilogr. incl. Sac. per diesen Monat 18,75 M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10.000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fäss. 52,5 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10.000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Br. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fäss. 33 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe Matt. Gefünd. — Bitter. Kündigungspreis — M. Loko mit Fäss. —, per diesen Monat 32,1—31,9 bez., per Jan.-Febr. 32,1—31,9 bez., per März-April —, per April-May 33,2—33,3—33,1 bez., per Mai-Juni 33,5 bis 33,7—33,4 bez., per Juni-Juli —, per Juli-August —, per August-September 35,2—35 bez.

Weizenzähler Nr. 0 22,5—20,5 bez., Nr. 0 20,25—17,75 bez.

Feine Marken über Rottz bezahlt.

Roggemehl Nr. 0 u. 1 18,50—17,50 bez., Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 u. 1 100 Kilogr. br. incl. Sac.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4¹/₂ M. 100 Rub. = 320 M. 4 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf

Bank-Diskonto Wechsel v. 16.Jan.	Brnsch. 20T.L.	— 104,90 bz	Schw. Hyp.-Pf.	4 ¹ / ₂ 102,40 B.	Wrsch.-Teres.	5 103,00 bz	Rohb Gold-Prior.	4 63,50 G.	Pr.Hyp.-B.I.(rz.120) 4 ¹ / ₂
Amsterdam. 2 ¹ / ₂ S. 8 T. 168,70 bz	Cöln-M. Pr.-A.	3 ¹ / ₂ 132,60 bz G.	Serb.Gld.-Pfd.	5 83,75 G.	Wrsch.-Wien..	— 202,00 G.	Södöst. B. (Lb.)	3 97,25 bz G.	do. VI. (rz.110) 5
London ... 3 8 T. 20,34 bz G.	Dess. Präm.-A.	3 ¹ / ₂ 77,25 bz G.	do. Rente.....	5 77,25 bz G.	do. Obligation.	5 104,60 G.	do. do. (rz.100) 3 ¹ / ₂	do. do. (rz.100) 3 ¹ / ₂	do. div.Ser.(rz.100) 4
Paris. 2 ¹ / ₂ S. 8 T. 84,10 G.	Ham.-50 T.-L.	3 ¹ / ₂ 136,40 bz G.	Stockh.Pf. 85.	4 ¹ /<sub					